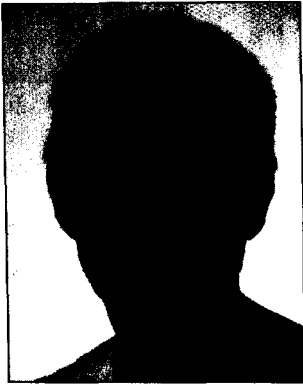


# Zur Politikverdrossenheit Jugendlicher in Deutschland

## Erscheinungsformen und Ursachen

Ursula Hoffmann-Lange



*Prof. Dr. phil. Dipl.-Soz. Ursula Hoffmann-Lange, geboren 1943. Studium der Soziologie und Politischen Wissenschaft an der Universität Mannheim. 1977 Promotion, 1990 Habilitation in Politischer Wissenschaft an der Universität Mannheim. 1989-1994 Leiterin der Abteilung "Jugend und Politik" beim Deutschen Jugendinstitut. Seit April 1994 Professorin für Politikwissenschaft, insbesondere Politische Systeme, an der Universität Bamberg. Seit 1989 Projektleiterin des Surveys "Jugend und Politik" des Deutschen Jugendinstituts.*

### 1. Einleitung

Die öffentliche Diskussion über das Verhältnis Jugendlicher zur Politik kreist seit geraumer Zeit um die Schlagworte "Parteien- und Politikverdrossenheit". Nach einer Aufbruchphase in

den siebziger Jahren, in der die politische Beteiligungsbereitschaft junger Menschen sprunghaft zunahm<sup>1</sup>, scheint sich dieser Trend inzwischen in sein Gegenteil verkehrt zu haben. Selbst die Neuen Sozialen Bewegungen, die zunächst als Alternative zu den politischen Parteien wahrgenommen wurden und großen Zulauf hatten, leiden heute unter Nachwuchsmangel.

Bei der Beurteilung dieser Entwicklung wird häufig auf das Verhalten der Parteien und auf zahlreiche politische Skandale verwiesen, die zu einer Aushöhlung des Vertrauens in die Politik beizutragen geeignet waren, z.B.

- die großzügigen Regelungen der Parteienfinanzierung,
- hohe Politikereinkommen oder
- Verfilzungen zwischen Politik und Großunternehmen.

Ohne solche Erscheinungen herunterspielen zu wollen, berücksichtigt diese Interpretation jedoch zu wenig die Wandlungen in den hochindustrialisierten Demokratien und die Tatsache, daß sich dadurch die Voraussetzungen geändert haben, unter denen Politik

sich heute vollzieht. Da die Auswirkungen politischer Skandale auf die politischen Einstellungen der Bürger wissenschaftlich ohnehin sehr schwer zu untersuchen sind, möchte ich mich hier stärker auf die verschiedenen Erscheinungsformen der Politikverdrossenheit und ihre gesellschaftlichen Ursachen konzentrieren. Vor allem die letzteren werden meines Erachtens in der aktuellen Diskussion vielfach vernachlässigt.

Für die Frage, wie man der Politikverdrossenheit begegnen kann, sind sie jedoch zentral. Denn wenn die vielfältigen Skandale einen ohnehin vorhandenen Trend lediglich verstärkt, jedoch nicht verursacht haben, hilft es letztlich auch nur wenig,

- stärkere öffentliche Kontrollen der Parteienfinanzierung einzuführen,
- eine bessere Moral der Politiker einzufordern oder
- die Chancen für Kandidaturen von politischen Außenseitern zu erhöhen.

In diesem Fall muß man nämlich überlegen, wie die Bürger auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen für Politik zu interessieren und zu mobilisieren sind.

## **2. Jugend als Avantgarde abnehmender Parteibindungen und zunehmender Politikverdrossenheit**

In der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg vollzog sich in allen hochindustrialisierten Demokratien ein fundamentaler sozialer Wandel, dessen Hauptmerkmale

- eine historisch beispiellose Zunahme des Wohlstandes breiter Bevölkerungskreise sowie
- eine Individualisierung der Lebensbedingungen

sind. Dieser soziale Wandel wiederum hatte beträchtliche Auswirkungen auf das Verhältnis der Bürger zur Politik.

Die Auflösung traditioneller soziopolitischer Milieus<sup>2</sup> führte dazu, daß die Jugendlichen heute weit weniger als früher in sozialstrukturell vorgegebene politische Loyalitäten hineinwachsen. Während politische Loyalitäten und Wahlverhalten früher hauptsächlich durch die Konfessions- und die Klassenzugehörigkeit bestimmt waren, haben diese inzwischen stark an verhaltensprägender Kraft verloren. Dadurch ist der Erwerb politischer Orientierungen heute sehr viel stärker durch

- individuelle Erfahrungen und
- das persönliche soziale Umfeld bestimmt, zu dem neben Familie und Schule nicht zuletzt auch Gleichaltrigengruppen gehören.

Meinungsumfragen ergeben regelmäßig, daß es heute unter den Jugendlichen einen deutlich geringeren Anteil von Personen mit fester Parteibindung gibt als in der Gesamtbevölkerung. Dies hat zwei Ursachen:

- Zum einen nimmt die Parteibindung im Lebensverlauf zu.
- Zum anderen stellt die Jugend jedoch die Avantgarde eines Trends zu einer säkularen Abnahme von Parteibindungen dar, der sich in der Gesamtbevölkerung erst mit größerer zeitlicher Verzögerung bemerkbar macht.

Für die USA, wo Studien über Parteibindungen bereits seit Anfang der fünfziger Jahre regelmäßig durchgeführt wurden, konnte Beck mit Hilfe einer Kohortenanalyse zeigen, daß der Anteil der Befragten eines Geburtsjahrgangs, die eine feste Parteibindung aufweisen, mit dem Lebensalter zunimmt.

Gleichzeitig liegt aber heute in den jüngeren Altersgruppen der Anteil der Befragten mit einer festen Parteibindung von vornherein sehr viel niedriger, als dies in den fünfziger und frühen sechziger Jahren der Fall war. Hieraus ergibt sich, daß eine langfristig kontinuierliche Abnahme der Parteibindungen in der Gesamtbevölkerung zu erwarten ist.<sup>3</sup>

Die USA liegen in dieser Hinsicht lediglich an der Spitze einer Entwicklung, die sich in Europa bislang noch nicht so deutlich manifestiert, die sich jedoch in Ansätzen auch bereits in Deutschland nachweisen läßt.<sup>4</sup>

Hieraus ergibt sich, daß wir uns für die Zukunft auf größere Ausschläge im politischen Verhalten der Bürger einstellen müssen. Zugleich wird es für die politischen Parteien schwieriger werden, junge Wähler zu mobilisieren und dauerhaft an sich zu binden. Dies gilt in den neuen Bundesländern in fast noch stärkerem Maße, da zum einen das DDR-Regime bemüht war, die traditionellen soziokulturellen Milieus systematisch aufzubrechen. Zum anderen hinterließ dort auch der Zusammenbruch der sozialistischen Ordnung ein Vakuum, das die Herausbildung politischer Orientierungen ähnlich wie im Westen zur individuellen Angelegenheit der Jugendlichen gemacht hat.

Eine fast zwangsläufige Folge der Lok-

kerung traditioneller Parteibindungen ist die zunehmend kritische Haltung junger Menschen gegenüber der etablierten Politik, deren verschiedene Erscheinungsformen mit dem Begriff der "Politikverdrossenheit" umschrieben werden.

Im folgenden möchte ich auf verschiedene Aspekte der Politikverdrossenheit eingehen und ihr tatsächliches Ausmaß sowie ihre Zusammenhänge mit anderen Variablen diskutieren. Die vorgestellten Ergebnisse entstammen dem Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI-Jugendsurvey), einer repräsentativen Jugendbefragung, die im Herbst 1992 durchgeführt wurde. Dieses Projekt wird vom Bundesministerium für Frauen und Jugend finanziert. Insgesamt wurden in den alten Bundesländern 4.526, in den neuen 2.564 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 29 Jahren befragt.

### **3. Politisches Interesse und Wahlbeteiligung**

#### **3.1 Erst-, Jung- und Gesamtwählerschaft im Vergleich**

Umfrageergebnisse nach dem politischen Interesse, aber auch die Ergebnisse für die Wahlbeteiligung verschiedener Altersgruppen zeigen regelmäßig, daß das Niveau des politischen Interesses und der Wahlbeteiligung junger Menschen unter dem der Erwachsenenbevölkerung liegt.

Bei der Wahlbeteiligung betrug beispielsweise die Differenz zwischen den Erstwählern und der Gesamtwählerschaft im alten Bundesgebiet bei der Bundestagswahl 1990 ganze 9,9%,

nämlich 67,0% im Vergleich zu 76,9%. Dabei liegt die Wahlbeteiligung der Erstwähler sogar stets noch über derjenigen der nächstälteren Gruppe, also der 21- bis 25jährigen. Deren Wahlbeteiligung lag in den alten Bundesländern 1990 ganze 13,5% unter dem Durchschnitt. In den neuen Bundesländern war die Differenz zwischen Jungwählern und Gesamtwählerschaft noch ausgeprägter als in den alten. Die Zahlen in Tabelle 1 zeigen, daß sie 1990 für die jüngste Wählergruppe 17,4% betrug (56,6% zu 74,0%). Bei den 21- bis 25jährigen lag die Wahlbeteiligung sogar nur bei knapp über der Hälfte der Wahlberechtigten (54,5%) und damit fast 20% unter dem Durchschnitt.

Die mit dem Alter zunehmende politische Einbindung der Bürger läßt sich auch sehr schön anhand der Wahlbeteiligungsrate für 1990 zeigen: Diese stieg mit zunehmendem Alter an und erreichte ihren Höchstwert mit 86,6% in der Gruppe der 60- bis 70jährigen, wobei sie sich mit zunehmendem Alter auch zwischen Ost- und Westdeutschen anglich.<sup>5</sup>

Gleichzeitig läßt sich jedoch auch eine im Vergleich zu den älteren Wählern über die Zeit abnehmende Wahlbeteiligung der Jungwähler (21 - 25 Jahre) feststellen. Während diese zuvor nie mehr als 10% unter der Gesamtwahlbeteiligung gelegen hatte, betrug die

**Tabelle 1:**  
**Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1990 nach Alter, Geschlecht und Religion (in %)**

	<i>alte Bundesländer plus Berlin-West</i>			<i>neue Bundesländer plus Berlin-Ost</i>		
	<i>insgesamt</i>	<i>Männer</i>	<i>Frauen</i>	<i>insgesamt</i>	<i>Männer</i>	<i>Frauen</i>
<i>insgesamt</i>	76,9	77,8	76,1	74,0	73,9	74,1
<i>18 bis 21 Jahre</i>	67,0	68,7	65,3	56,6	58,0	55,2
<i>21 bis 25 Jahre</i>	63,6	65,2	61,9	54,5	54,8	54,2
<i>25 bis 30 Jahre</i>	67,8	68,0	67,5	61,0	60,1	62,0

Quelle: repräsentative Wahlstatistik

Die geringere politische Einbindung jüngerer Menschen ist nicht auf Deutschland beschränkt, sondern läßt sich überall beobachten. Sie ist darauf zurückzuführen, daß Verständnis für Politik das Ergebnis eines längeren Sozialisationsprozesses ist. Entsprechend ist die Herausbildung stabiler politischer Orientierungen erst mit dem Eintritt in das Berufsleben und der Übernahme der vollen Erwachsenenrolle abgeschlossen.

Differenz im Wahlgebiet West 1990 13,5%.<sup>6</sup>

### 3.2 Wahlbeteiligung und -enthaltung

Nun schwankt die Wahlbeteiligung jedoch sehr stark in Abhängigkeit von der aktuellen politischen Situation, z.B.

- der erwarteten Knappheit des Wahl-

**Tabelle 2:**  
**Wahlbeteiligung der 21-bis 25jährigen bei Bundestagswahlen in der alten Bundesrepublik bzw. den alten Bundesländern (in %)**

	1990	1987	1983	1980	1976	1972	1969	1965	1961	1957	1953
<i>insgesamt</i>	76,8	83,1	88,4	87,6	90,4	90,8	86,1	85,9	87,4	87,8	86,3
<i>21 bis 25 Jahre</i>	63,3	73,1	81,5	78,9	82,9	84,5	76,6	76,8	79,5	80,6	77,6
<i>Differenz</i>	13,5	10,0	7,9	8,7	7,5	6,3	9,5	9,1	7,9	7,2	8,7

Quelle: repräsentative Wahlstatistik, für 1990 nur alte Bundesländer ohne Berlin (West)

ausgangs,

- attraktiver Kandidaten und
- mobilisierender Themen.

Zudem finden Wahlen nur selten statt, so daß sich ein stabiler Trend erst über einen längeren Zeitraum konstatieren läßt.

Um darüber hinaus einen Anhaltspunkt dafür zu bekommen, ob Wahlen unabhängig von den aktuellen Umständen bei den jungen Menschen als Möglichkeit zur Artikulation des eigenen politischen Willens an Bedeutung verloren haben, wurden die Befragten im DJI-Jugendsurvey gefragt, ob sie eine Teilnahme an Wahlen prinzipiell als eine Möglichkeit betrachten, ihren politischen Willen zu artikulieren.

- Über 90% der Befragten weisen eine solche grundsätzliche Wahlbereitschaft auf.
- Allerdings zieht gleichzeitig auch ein knappes Drittel eine bewußte Wahlabstinz in Betracht, und

- ein Fünftel ist bereit, auch einmal eine extreme Partei zu wählen, also Protestwahlverhalten zu praktizieren.

Diese Verhaltensweisen wurden dabei von den Befragten offensichtlich nicht als miteinander unvereinbar wahrgenommen. Alle drei Möglichkeiten konnten im Fragebogen unabhängig voneinander als Option gewählt werden. Und tatsächlich gaben viele Jugendliche an, zwei (West: 25,7%; Ost: 27,7%) oder sogar alle drei dieser Optionen (West: 11,3%; Ost: 10,0%) kämen für sie in Frage.

Die beiden Formen des politischen Protestes durch bewußte Wahlenthaltung bzw. durch die Wahl einer Protestpartei werden dabei von den formal weniger Gebildeten wesentlich häufiger in Betracht gezogen als von Befragten mit Abitur, die offensichtlich andere Möglichkeiten zur Artikulation politischen Protestes für sich wahrnehmen.

**Tabelle 3:**  
**Wahlbereitschaft nach Bildung und Region<sup>1)</sup> (in %)**

	West				Ost			
	<i>insgesamt</i>	<i>Hauptschule</i>	<i>Mittlere Reife</i>	<i>(Fach-) Abitur</i>	<i>insgesamt</i>	<i>Hauptschule</i>	<i>Mittlere Reife</i>	<i>(Fach-) Abitur</i>
<i>sich an Wahlen beteiligen</i>	93,9	92,6	93,6	95,2	90,8	78,9	92,2	91,2
<i>absichtlich nicht zur Wahl gehen</i>	29,2	35,8	28,8	25,1	30,0	40,1	29,0	28,7
<i>eine extreme Partei wählen</i>	20,3	26,5	19,6	16,7	22,5	39,6	22,4	17,6

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

- 1) Der vollständige Fragetext lautete: „Angenommen Sie möchten Politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluß nehmen bzw. Ihren Standpunkt zur Geltung bringen. Welcher der Möglichkeiten kommen für Sie in Frage und welche nicht?“

## 4. Organisations- und Parteimitgliedschaften

### 4.1 Parteimitgliedschaften

Die Mitgliederzahlen Jugendlicher in den politischen Parteien liegen mit ca. zwei bis drei Prozent etwas unter dem Niveau der Erwachsenenbevölkerung. Bei so niedrigen Anteilswerten sind Stichprobenergebnisse notorisch unzuverlässig. Daher sind Trends auf der Basis von Umfrageergebnissen nur schwer auszumachen.

Bessere Aufschlüsse könnten die tatsächlichen Mitgliederzahlen in den politischen Parteien geben, über deren Entwicklung aber keine detaillierten Analysen vorliegen. Wiesendahl konstatierte aufgrund des seit Mitte der siebziger Jahren abnehmenden Anteils jüngerer Parteimitglieder an der Gesamtmitgliedschaft der Parteien einen "Marsch aus den Institutionen"<sup>7</sup>.

Niedermayer konnte demgegenüber zumindest für die SPD nachweisen, daß der Rückgang in den Parteieintritten der jüngeren Alterskohorten ab Mitte der siebziger Jahre lediglich eine Rückkehr zu einer ausgewogeneren Altersstruktur bedeutete. Denn nach dem Regierungswechsel von 1969 war

der Anteil jüngerer Parteimitglieder zunächst überproportional gestiegen. Er stabilisierte sich dann jedoch auf einem im Vergleich zu vor 1969 höheren Niveau, so daß die These von einem Rückgang des Anteils junger Parteimitglieder nur bedingt richtig ist.<sup>8</sup>

Die Ergebnisse des DJI-Jugendsurveys, die wegen der hohen Befragtenzahlen zuverlässiger sind als die anderer Umfragen, zeigen einen Anteil von 2,1% Parteimitgliedern in den neuen und von 2,6% in den alten Bundesländern (Tabelle 4). Demgegenüber erfreuen sich Gewerkschaften und Sportvereine weit höherer Mitgliederzahlen.<sup>9</sup>

### 4.2 Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen

Erstaunlich ist an unseren Ergebnissen vor allem, daß der Anteil der in Bürgerinitiativen organisierten jungen Menschen noch unter dem Anteil der Parteimitglieder liegt. Dies dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die Bürgerinitiativen aufgrund ihres eher informellen Charakters keinen so eindeutig definierten Mitgliedschaftsstatus kennen wie andere Organisationen.

**Tabelle 4:**  
**Mitgliedschaften nach Bildung und Region (in %)**

	West				Ost			
	insgesamt	Hauptschule	Mittlere Reife	(Fach-) Abitur	insgesamt	Hauptschule	Mittlere Reife	(Fach-) Abitur
<i>Gewerkschaft</i>	15,2	24,4	18,6	5,9	22,4	14,4	28,0	13,2
<i>Politische Partei</i>	2,1	1,1	1,5	3,3	2,6	2,0	2,3	3,6
<i>Jugendverband, Studentenverband</i>	5,4	1,9	2,4	10,6	2,8	2,5	1,8	5,3
<i>Sportverein</i>	37,3	30,2	37,5	42,5	22,0	18,8	19,4	28,5
<i>Bürgerinitiative</i>	1,7	0,4	1,1	3,0	1,1	1,1	0,6	2,2

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

Betrachtet man nämlich die gleichfalls erfragte prinzipielle Bereitschaft der Befragten, sich in politischen Parteien oder Bürgerinitiativen zu engagieren, so genießen letztere einen eindeutigen Vorsprung: in den alten Bundesländern mit 44,7% zu 23,5%, in den neuen mit 39,6% zu 21,1%. Die Differenz zwischen der prinzipiellen Bereitschaft, sich einer politischen Gruppe anzuschließen und den tatsächlichen Mitgliederzahlen belegt zudem erneut, daß - ähnlich wie bei der Wahlbeteiligung - ein beträchtlicher Anteil der jungen Menschen durchaus bereit ist, sich politisch zu engagieren.

#### 4.3 Parteimitgliedschaft und Aktivität in informellen Gruppen

Während des letzten Jahrzehnts wurde vielfach vermutet, daß die heutigen Jugendlichen die etablierten Organisationen meist links liegen lassen und sich lieber in den lose strukturierten Gruppen der Alternativbewegung engagieren. Allerdings ist hierbei zu bedenken, daß Mitgliedschaften in formalen Organisationen und eine Aktivität in informellen Gruppen sich nicht gegenseitig ausschließen. Von daher ist es falsch, eine Konkurrenzsituation zwischen den politischen Parteien und den sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen zu unterstellen. Statt dessen hat die Alternativbewegung der siebziger und achtziger Jahre das politische Spektrum der Bundesrepublik erweitert, so daß heute eher mehr als weniger junge Menschen politisch aktiv sind als zuvor.

Im DJI-Jugendsurvey wurde nicht nur nach der Mitgliedschaft in formalen Organisationen gefragt, sondern auch

nach Aktivitäten in informellen Gruppen. Die Ergebnisse erweisen, daß solche in nicht unbeträchtlichem Maße stattfinden. Jeweils über ein Fünftel (West: 23,6%; Ost: 21,6%) der Befragten gab an, wenigstens gelegentlich an Veranstaltungen solcher Gruppen teilzunehmen.

Dies ist natürlich ein relativ weicher Indikator für tatsächliche Aktivität, aber beim Vergleich mit den Mitgliederzahlen in formalen Organisationen darf man nicht vergessen, daß eine Mitgliedschaft keineswegs mit einer aktiven Teilnahme am Organisationsleben gleichzusetzen ist.

Angesichts der sehr viel größeren Bereitschaft zur gelegentlichen Teilnahme an offenen Veranstaltungsformen ist auf der Basis dieser Ergebnisse der Gedanke gar nicht so abwegig, daß durch eine Öffnung der politischen Parteien für Nicht-Mitglieder die Teilnehmerzahlen an Parteiveranstaltungen gesteigert werden könnten. Allerdings darf man aus der Bereitschaft zur gelegentlichen Teilnahme nicht auf eine vergleichbare Bereitschaft zur kontinuierlichen Mitarbeit schließen, sonst sind Enttäuschungserlebnisse unvermeidlich.

#### 4.4 Der Einfluß des Bildungsgrades

Die wohl wichtigste Determinante politischen Interesses und politischer Partizipation ist der formale Bildungsgrad. Befragte mit Abitur weisen durchweg höhere Anteile der Mitgliedschaft in formalen und informellen Organisationen auf. Nur bei den Gewerkschaften liegt ihr Organisations-

grad niedriger, was freilich in unserer Studie darauf zurückzuführen ist, daß ein geringerer Anteil der Abiturienten in der befragten Altersgruppe bereits erwerbstätig ist.

Der Bildungseffekt zeigt sich besonders deutlich bei den Aktivitäten in den Neuen Sozialen Bewegungen, wo die Abiturientenanteile die Gesamtwerte um mehr als ein Drittel übersteigen.

#### 4.5 Die Teilnahme an direkten politischen Aktionsformen

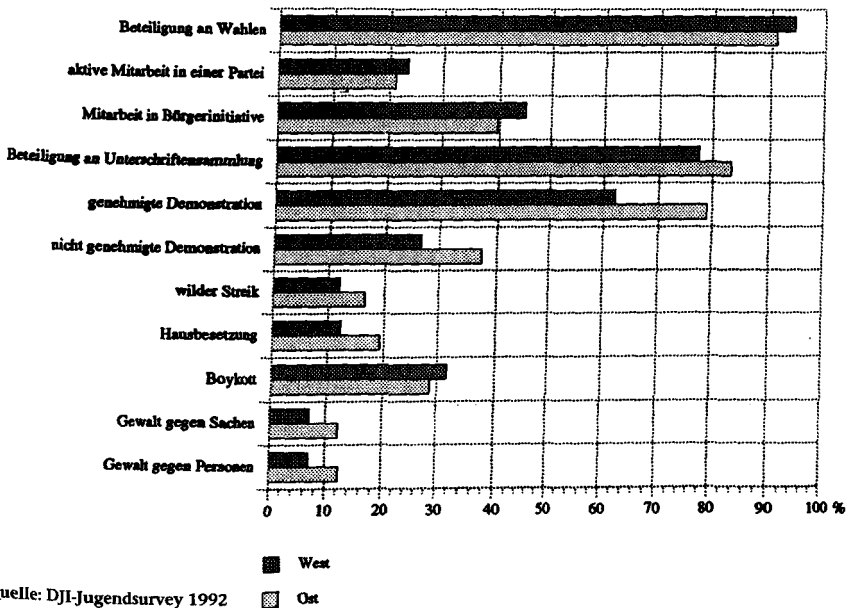
Wesentlich höher als die Bereitschaft, sich in Organisationen zu engagieren oder Veranstaltungen zu besuchen, ist die zur Teilnahme an direkten politischen Aktionen. Die Teilnahmebereitschaft an Unterschriftensammlungen

oder genehmigten Demonstrationen bleibt zwar etwas hinter der Wahlbereitschaft zurück, liegt aber noch über der Bereitschaft zur Teilnahme an Veranstaltungen der Neuen Sozialen Bewegungen.

Dies zeigt,

- daß direkte politische Aktionsformen von den jungen Menschen heute als Teil ihres normalen politischen Verhaltensrepertoires betrachtet werden. Wie die Zahlen in Schaubild 1 zeigen, gilt dies allerdings nur für legale Aktionsformen, während Aktionsformen des zivilen Ungehorsams von der Mehrheit der Befragten abgelehnt werden,
- daß die Zustimmung zu Aktionen zivilen Ungehorsams mit zunehmender Gewaltaffinität solcher Ak-

**Schaubild 1:**  
**Bereitschaft zu verschiedenen Partizipationsformen (in %)**





tionen abnimmt. Politische Gewalt wird von der großen Mehrheit der Befragten abgelehnt.<sup>10</sup>

In den neuen Bundesländern erfreuen sich die direkten politischen Aktionsformen noch größerer Popularität als in den alten. Fast vier Fünftel der Befragten ziehen hier die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration als ein Mittel politischer Partizipation in Betracht und über die Hälfte hat bereits an einer Demonstration teilgenommen.

Aus vielen Untersuchungen über politische Beteiligung wissen wir, daß

- verfaßte politische Aktivitäten (Teilnahme an Wahlen, Mitgliedschaften in formalen Organisationen) und
- nichtverfaßte Aktivitäten (Teilnahme an Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und anderen direkten Aktionen)

sich von ihrem Teilnehmerkreis her teilweise überschneiden. Das heißt, daß beide Partizipationsformen sich nicht ausschließen, sondern zumindest von einem Teil der Bürger als gleichermaßen sinnvolles Mittel zur Artikulation politischer Zielvorstellungen betrachtet werden. Die Entscheidung für die eine oder andere Partizipationsform dürfte daher mehr davon abhängen, welche im Einzelfall für effektiver gehalten wird.

Diesen Schluß legen unsere Ergebnisse nahe. In den alten Bundesländern äußerten nämlich 81,4% derjenigen Befragten, die für sich selbst die Möglichkeit einer Parteimitgliedschaft in Betracht zogen, auch die Bereitschaft zur

Mitarbeit in einer Bürgerinitiative (Ost: 62,1%). Über 90% der potentiellen Parteimitglieder erklärten gleichzeitig ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer genehmigten Demonstration (West 90,4%; Ost 93,1%), und immerhin noch knapp die Hälfte (West: 48,9%, Ost: 61,5%) war sogar zur Teilnahme an einer nicht-genehmigten Demonstration bereit.

#### 4.6 Resümee

Ein Vergleich mit anderen Umfrageergebnissen belegt, daß seit den sechziger Jahren die Bereitschaft zur Teilnahme an punktuellen politischen Aktivitäten sehr stark zugenommen hat. Insofern ist das Schlagwort von der "partizipatorischen Revolution" also nach wie vor gültig.

Diese Zunahme war jedoch nicht von einer entsprechenden Zunahme in der Bereitschaft zur kontinuierlichen Mitarbeit in politischen und anderen Organisationen begleitet. Dies stellt sowohl die etablierten als auch die neuen Organisationen vor beträchtliche Organisationsprobleme. Während nämlich die kontinuierliche Organisationsarbeit genau wie früher von einem kleinen Stamm von Aktivisten bewältigt werden muß, fluktuieren die Teilnehmerzahlen an Einzelaktionen beträchtlich.

### 5. Politisches Vertrauen

#### 5.1 Vertrauensschwund

Zahlreiche Untersuchungen belegen eine Abnahme des Vertrauens vor allem der jüngeren Bürger in Institutionen und politische Parteien. Dies spie-

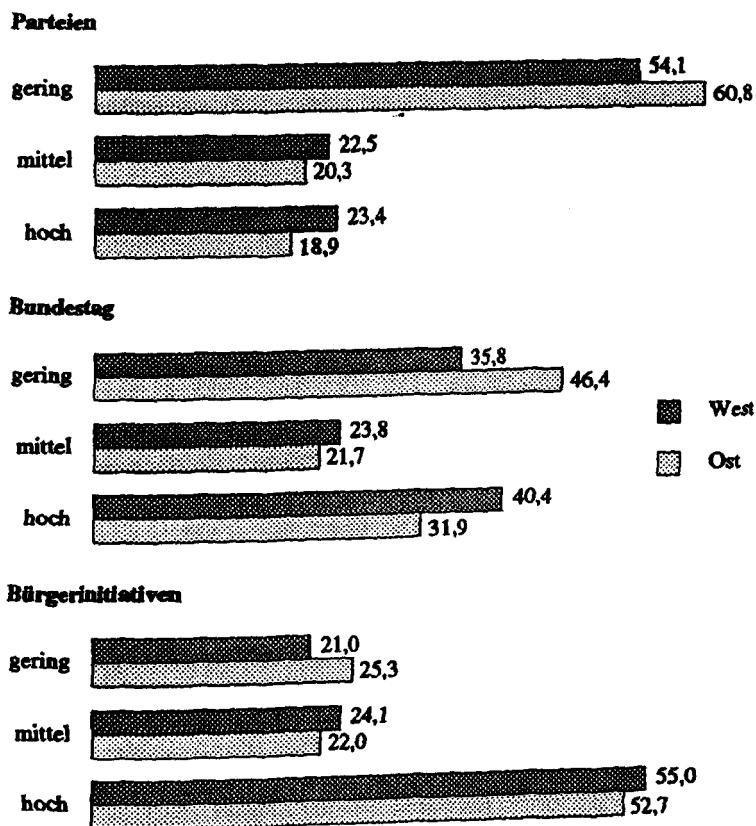
gelt sich auch in unseren Ergebnissen wider. Dabei sind die Vertrauenswerte in den neuen Bundesländern noch geringer als in den alten (Schaubild 2). Insofern scheint es also durchaus berechtigt, von einer beträchtlichen Parteien- und Institutionenverdrossenheit in der Bundesrepublik zu reden.

Ein anderer Ausdruck des niedrigen Vertrauens in die institutionelle Politik ist die verbreitete Wahrnehmung, daß die Wünsche der Bürger durch die Politik nicht hinreichend berücksichtigt werden. Die große Mehrheit der Be-

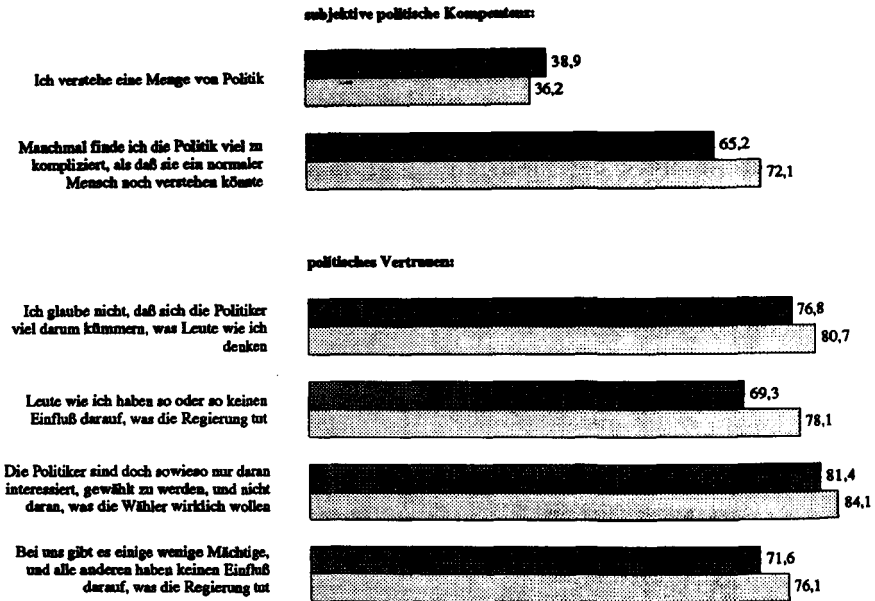
fragten traut den Politikern nicht zu, daß sich diese wirklich für die Interessen der Bürger einsetzen, bzw. sie glaubt, daß Politik eine Veranstaltung der Mächtigen ist, auf die die einfachen Bürger keinen Einfluß nehmen können (Schaubild 3).

Ähnliche Ergebnisse erbrachte übrigens auch die Shell-Jugendstudie von 1991. In seiner Analyse der Ergebnisse jener Studie sprach Wolfgang Kühnel von einem "erstaunlich hohen Ausmaß an Entfremdung gegenüber den politischen Institutionen und ihren Vertretern"<sup>11</sup>.

**Schaubild 2:**  
**Vertrauen in Parteien, Bundestag und Bürgerinitiativen (in %)**



### Schaubild 3: Bewertung der subjektiven politischen Kompetenz und des politischen Vertrauens



Das Vertrauen in die Berücksichtigung der Bürgerinteressen durch die Politik wird in den USA bereits seit den frühen fünfziger Jahren kontinuierlich erhoben. Auch dort kann man den Längsschnittdaten entnehmen, daß dieser Glaube seit dem Ende der sechziger Jahre sehr stark abgenommen hat.

#### 5.2 Politisches Vertrauen und subjektive politische Kompetenz

Gleichzeitig haben jedoch nicht nur das politische Interesse, sondern auch die subjektive politische Kompetenz der Bürger zugenommen, also die Einschätzung, selbst etwas von Politik zu verstehen. Politisches Vertrauen und subjektive politische Kompetenz haben sich also gegenläufig entwickelt.

Tabelle 5 enthält die Zusammenhänge der subjektiven politischen Kompetenz und des politischen Vertrauens mit dem politischen Interesse und der Bereitschaft zu verschiedenen politischen Partizipationsformen.<sup>12</sup>

Die subjektive politische Kompetenz hängt dabei statistisch relativ eng

- mit dem Interesse an Politik,
- mit der Häufigkeit politischer Gespräche wie auch
- mit dem Bildungsniveau (West:  $r=.29$ ; Ost:  $r=.21$ )

zusammen, was nicht weiter überrascht.

Bedeutungsvoller ist, daß der Zusammenhang mit der Bereitschaft zum

**Tabelle 5:**  
**Zusammenhänge zwischen subjektiver politischer Kompetenz, politischem Vertrauen und politischen Partizipationsbereitschaften<sup>1)</sup>**

	subjektive politische Kompetenz <sup>2)</sup>		politisches Vertrauen <sup>3)</sup>	
	West	Ost	West	Ost
<i>politisches Interesse</i>	.52	.49	.18	.08
<i>Häufigkeit politischer Gespräche<sup>4)</sup></i>	.36	.31	.11	.01
<i>Bereitschaft zum Eintritt in eine politische Partei</i>	.21	.22	.11	.08
<i>Bereitschaft zur Teilnahme an genehmigter Demonstration</i>	.24	.15	.08	.00
<i>Bereitschaft zur Teilnahme an Aktionen zivil. Ungehorsams<sup>5)</sup></i>	.22	.19	-.01	-.04

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

- 1) Bei den in der Tabelle ausgewiesenen Werten handelt es sich um Korrelationskoeffizienten. Der Korrelationskoeffizient Pearsons  $r$  ist ein Maß für den statistischen Zusammenhang zwischen zwei Variablen. Er hat einen Wertebereich von  $-1.00$  bis  $+1.00$ . Ein Wert von  $.00$  abweicht, um so enger ist der Zusammenhang, wobei positive Werte einen gleichsinnigen, negative einen gegensinnigen Zusammenhang indizieren.
- 2) Vgl. Schaubild 3. Zur Bildung des Summenindex „subjektive politische Kompetenz“ wurden die Antworten für das zweite Item „umgedreht“, so daß ein hoher Wert ein hohes Maß an subjektiver Kompetenz indiziert.
- 3) Vgl. Schaubild 3. Zur Bildung des Summenindex „politisches Vertrauen“ wurden die Antworten der Befragten „umgedreht“, so daß ein hoher Wert hohes, ein niedriger Wert geringes Vertrauen indiziert.
- 4) Berücksichtigt wurden Gespräche mit Eltern, Schulkameraden/Kommilitonen/Kollegen sowie Freunden.
- 5) Hierzu zählen die letzten sechs Partizipationsformen von Schaubild 1.

Eintritt in eine politische Partei und mit der Bereitschaft zur Teilnahme an genehmigten Demonstrationen wie auch zu Aktionen des zivilen Ungehorsams beträchtlich und zudem fast gleich hoch ist. Subjektive politische Kompetenz führt also gleichermaßen zu einer stärkeren konventionellen Partizipationsbereitschaft und zu einer stärkeren Protestbereitschaft.

Das politische Vertrauen, d.h. das Ver-

trauen in die Berücksichtigung von Bürgerinteressen durch die Politik, hängt dagegen primär mit dem Vertrauen in

- die politischen Parteien (West:  $r=.32$ ; Ost:  $r=.29$ ),
- den Bundestag (West:  $r=.34$ ; Ost:  $r=.33$ )
- die Bundesregierung (West:  $r=.32$ ; Ost:  $r=.32$ ), und
- etwas schwächer auch mit der De-

mokratiezufriedenheit (West:  $r=.24$ ;  
Ost:  $r=.25$ )

zusammen.

### 5.3 Politisches Vertrauen und Bildungsstand

Zudem weisen die formal Hochgebildeten in den alten Bundesländern ein weit überdurchschnittliches politisches Vertrauen auf. Bei ihnen lag der Anteil derjenigen mit hohem Vertrauen bei 41,8%, während er unter den Befragten mit Hauptschulabschluß lediglich 19,5% betrug.

In den neuen Bundesländern ist der Zusammenhang zwischen Bildung und politischem Vertrauen hingegen weit weniger eng. Hier nahm der Anteil derer mit großem politischem Vertrauen lediglich von 20,0% auf 29,8% zu.

### 5.4 Politisches Vertrauen und politische Aktivität

Im Gegensatz zur subjektiven politischen Kompetenz hat ein geringes politisches Vertrauen jedoch keine motivierende Kraft für politische Aktivitäten, denn es weist nur minimale statistische Zusammenhänge mit politischen Partizipationsbereitschaften und der Bereitschaft zu politischem Protestverhalten auf. Dies bedeutet, daß geringes politisches Vertrauen offensichtlich ein eher diffuses Gefühl der Distanz zur etablierten Politik indiziert, das aus geringer subjektiver politischer Kompetenz und einem Gefühl der sozialen und politischen Desorientierung resultiert. Ein politisches Mobilisierungspotential wohnt ihm nicht inne, d.h. daß

es weitgehend folgenlos für das politische Verhalten bleibt.

### 5.5 Politisches Vertrauen und Demokratiezufriedenheit

Zwar hängt politisches Vertrauen mit der Demokratiezufriedenheit zusammen, beide Variablen weisen jedoch für sich genommen fast gegenläufige Verteilungen auf: Während nämlich das Vertrauen durchweg gering ist, ist das Niveau der Demokratiezufriedenheit beträchtlich. Bei den niedrigen Vertrauenswerten handelt es sich also offensichtlich um eine Kritikbereitschaft an der etablierten Politik, die zwar bei den politisch Unzufriedenen höher, jedoch nicht auf diese beschränkt ist.

Generell gilt demnach, daß die kritische Haltung der jungen Bürger gegenüber der etablierten Politik nicht aus einer prinzipiellen Ablehnung der demokratischen Regierungsform resultiert. Denn die Idee der Demokratie erfreut sich einer fast universellen Zustimmung und gleichzeitig ist auch ein beträchtlicher Anteil der Jugendlichen mit dem aktuellen Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden.

Insofern darf man die Kritikbereitschaft der Jugendlichen, die sich an konkreten Organisationen festmacht beziehungsweise sich in einer Skepsis gegenüber den Politikern äußert, nicht mit einer grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber der politischen Ordnung gleichsetzen. Eine solche Gleichsetzung wäre letztlich nur der Versuch, sich einem Reformdruck zu entziehen, der vor allem von den jungen Bürgern ausgeht. Stattdessen soll-

ten die positiven Aspekte der erhöhten Partizipationsbereitschaft nicht übersehen werden, auch wenn diese sich nicht in den traditionellen Bahnen vollzieht, sondern sich neue Organisationen und Aktionsformen geschaffen hat.

## 6. Demokratiezufriedenheit und Protestverhalten

Angesichts der aktuellen Probleme in den neuen Bundesländern scheint schließlich noch ein weiteres Ergebnis bedeutsam. Während mangelndes politisches Vertrauen keinen Zusammenhang mit der Bereitschaft zu politischem Protestverhalten aufweist, existiert durchaus ein Zusammenhang zwischen geringer Demokratiezufriedenheit und Protestverhalten (West:  $r=.25$ ; Ost:  $r=.20$ ). Und diese wiederum hängt relativ eng mit der Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen zusammen (West:  $r=.38$ ; Ost:  $r=.56$ ).

Da in den modernen Wohlfahrtsstaa-

ten die Verantwortung für das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes primär den Regierungen zugeschrieben wird, liegt ein solcher Umschlag wirtschaftlicher Unzufriedenheit in politische Unzufriedenheit nahe. Insofern weisen die wahrgenommenen Lebensbedingungen zumindest indirekt ein Mobilisierungspotential für politischen Protest auf.

Schon zum Zeitpunkt unserer Befragung lag die Demokratiezufriedenheit der jungen Menschen in den neuen Bundesländern deutlich unter derjenigen in der alten Bundesrepublik. Insofern steht zu befürchten, daß die in vielen Untersuchungen zutagegetretene größere Unzufriedenheit der Jugendlichen in den neuen Bundesländern langfristig auch Rückwirkungen auf ihre Haltung zur Demokratie in der Bundesrepublik und schließlich auf ihr politisches Verhalten haben wird. Hier liegt also ein Problembereich, der mehr als alles andere den Rückgriff auf politischen Protest befördert.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Stichwort "partizipatorische Revolution" (vgl. Kaase 1989).

<sup>2</sup> Vgl. Alber 1991; Pappi 1973.

<sup>3</sup> Vgl. Beck 1984.

<sup>4</sup> Vgl. Dalton/Rohrschneider 1990.

<sup>5</sup> Vgl. Mayer 1991, 138\*.

<sup>6</sup> Vgl. auch Hofmann-Göttig 1984.

<sup>7</sup> Wiesendahl 1991: 11f.

<sup>8</sup> Vgl. Niedermayer 1989, 83ff.

<sup>9</sup> Dabei hängt die Mitgliedschaft in Gewerkschaften eng mit dem Erwerbsstatus zusammen. Unter den erwerbstätigen Befragten liegt der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in den alten Bundesländern bei 27,9%, in den neuen bei 39,8%. Bei den Befragten in Berufsausbildung betragen die entspre-

chenden Werte 12,9% und 19,1%. - Der niedrigere Organisationsgrad bei den Sportvereinen in den neuen Bundesländern dürfte primär auf die dort noch nicht vollständig vollzogene Umstrukturierung des Vereinssektors zurückzuführen sein.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu auch Hoffmann-Lange u.a. 1993c.

<sup>11</sup> Kühnel 1992, 61.

<sup>12</sup> Zur Berechnung der Zusammenhänge wurden zwei einfache Summenindizes gebildet, in die die Antworten der Befragten auf die in Schaubild 3 enthaltenen Items eingingen. Als Zusammenhangsmaß wurde der Korrelationskoeffizient Pearsons  $r$  verwendet (vgl. Erläuterungen zu Tabelle 5).

## Literatur

**Alber, Jens**, Continuity and Change in German Social Structure: Why Bonn Is Not Weimar, in: Hoffmann-Lange, Ursula (Hg.), Social and Political Structures in West Germany, Boulder 1991, 15-41.

**Beck, Paul Allen**, The Dealignment Era in America, in: Dalton, Russell J./Paul Allen, Beck/Scott C. Flanagan, Electoral Change in Advanced Industrial Democracies, Cambridge 1984, 240-266.

**Dalton, Russell J./Rohrschneider, Robert**, Wählerwandel und die Abschwächung der Parteineigungen von 1972 bis 1987, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, 297-324.

**Hoffmann-Lange, Ursula/Gille, Martina/Schneider, Helmut**, Das Verhältnis von Jugend und Politik in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B19 (1993a) 3-12.

**Hoffmann-Lange, Ursula/Gille, Martina/Ott, Sybille/Schneider, Helmut**, Angleichung oder Stabilisierung geschlechtsspezifischer Muster? Unterschiede zwischen den Geschlechtern in der jungen Generation. Der Bürger im Staat. 43. Jg., Heft 3 (1993b) 185-196.

**Hoffmann-Lange, Ursula/Schneider, Hel-**

**mut/Gille, Martina**, Politische Gewaltbereitschaft Jugendlicher, in: Deutsches Jugendinstitut (Hg.), Gewalt gegen Fremde, München 1993c, 97-126.

**Hofmann-Göttig, Joachim**, Die jungen Wähler, Frankfurt 1984.

**Kaase, Max**, Politische Einstellungen der Jugend, in: Markewka, Manfred/Nave-Herz, Rosemarie (Hg.), Handbuch der Familien- und Jugendforschung, 2, Neuwied 1989, 607-624.

**Kühnel, Wolfgang**, Orientierungen im politischen Handlungsraum, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.), Jugend '92, Band 2, Opladen 1992, 59-71.

**Mayer, Hans-Ludwig**, Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 1990 nach Geschlecht und Alter. Wirtschaft und Statistik, 1991, Heft 4, 248-260 und 138\*-141\*.

**Niedermayer, Oskar**, Innerparteiliche Partizipation, Opladen 1989.

**Pappi, Franz Urban**, Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift, (1973), 191-213.

**Wiesendahl, Elmar**, Der Marsch aus den Institutionen. Zur Organisationsschwäche politischer Parteien in den achtziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B21, (1990) 3-14.